

Gewaltvorfälle per Software erfassen

[21.12.2022] Gewalt und Bedrohungen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst nehmen zu. Davon betroffen sind alle Berufsgruppen. Im Rahmen eines Forschungsprojekts entwickelt Baden-Württemberg ein softwaregestütztes Instrument, um solche Vorfälle zu erfassen und auszuwerten.

In Baden-Württemberg wurde ein Forschungsprojekt gestartet, das ein neues, softwaregestütztes Instrument zur Erfassung und Auswertung von Gewaltvorfällen gegen Beschäftigte des öffentlichen Diensts entwickeln soll. Dieses „Lagebildinstrument zu Gewalterfahrungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ – kurz: InGe – soll einen umfassenden Überblick über Aufkommen und Entwicklung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes ermöglichen.

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst betrifft nicht nur die Blaulichtorganisationen, sondern auch Lehrer oder Beschäftigte im Jobcenter, in Kommunalverwaltungen oder auch Pflegekräfte, sagte Baden-Württembergs Digitalisierungsminister Thomas Strobl. Dies wolle das Land nicht tatenlos hinnehmen. Zunächst werde allerdings ein möglichst umfassendes und spezifisches Lagebild benötigt. Das Forschungsprojekt InGe soll die dazu erforderliche Datengrundlage schaffen. Damit sollen Landes- und kommunale Behörden in die Lage versetzt werden, Problemschwerpunkte zu erkennen und darauf aufbauend Strategien und Maßnahmen für einen besseren Schutz von Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu entwickeln, so Strobl.

Zahlreiche Verbundpartner im Projekt

Geleitet wird der InGe-Forschungsverbund von der Gemeinsamen Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP) im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Weitere Verbundpartner sind das Centre for Security and Society der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (UFR Css) und das Datenanalyse-Unternehmen Disy Informationssysteme. Als assoziierte Partner unterstützen das Projekt das Landeskriminalamt Baden-Württemberg (Zentrum für Sicherheitsforschung), das Bayerische Rote Kreuz, der Beamtenbund Baden-Württemberg, der Deutsche Gewerkschaftsbund (Bezirk BW), das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg sowie die Unfallkasse Baden-Württemberg. Ein zehnköpfiger Beirat soll eine weitere Brücke zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft schlagen. Das auf zwei Jahre angelegte Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit insgesamt rund 700.000 Euro gefördert. Perspektivisch solle das Lagebildinstrument auch über Baden-Württemberg hinaus bundesweit eingesetzt werden können, erläuterte Thomas Strobl.

(sib)